

Inhaltsverzeichnis

Die Autoren	V
Vorwort zur 5. Auflage	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Teil A Erbschaftsteuer	1
1. Der lange Weg zum geltenden Recht – nach der Reform ist vor der Reform	1
1.1 Der erste Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 1995	1
1.2 Der zweite Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 2006	2
1.2.1 Das Vorlageverfahren	3
1.2.2 Die Gründe für die Verfassungswidrigkeit	3
1.2.2.1 Verfassungswidrige Bewertung des Betriebsvermögens	4
1.2.2.2 Verfassungswidrige Bewertung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	4
1.2.2.3 Verfassungswidrige Bewertung des Grundvermögens	6
1.2.2.4 Verfassungswidrige Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens	8
1.2.3 Frist zur Reform des Bewertungs- und Erbschaftsteuerrechts und Umsetzung	8
1.2.4 Die Vorgaben des Gerichts für eine verfassungskonforme Regelung	8
1.2.4.1 Vorgaben für die Besteuerung des Betriebsvermögens	8
1.2.4.2 Vorgaben für die Besteuerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	9
1.2.4.3 Vorgaben für die Besteuerung von Grundvermögen	9
1.2.4.4 Vorgaben für die Besteuerung von land- und forstwirtschaftlichem Vermögen	9
1.3 Neuregelungen 2006 entsprechen auch nicht verfassungsrechtlichen Vorgaben – die dritte Entscheidung des BVerfG von 2014	9
1.3.1 Frühzeitige Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit	9
1.3.2 Die Zweifel des BFH	10
1.3.3 Das Urteil des BVerfG vom 17.12.2014	12
1.3.3.1 Die wesentlichen Aspekte der Verfassungswidrigkeit	12
1.3.3.2 Die Gründe für die Verfassungswidrigkeit	12
1.3.3.3 Das Vorlageverfahren	13
1.3.3.4 Die wesentlichen Entscheidungsgründe	13
1.3.3.5 Weitergehende Stellungnahme von Richtern des BVerfG	17
1.4 Der „kurze“ Weg zur Neuregelung	17
2. Grundlagen des Erbrechts	18
2.1 Grundregelungen des Erbrechts	19
2.1.1 Erbrecht als Teil des Privatrechts	19
2.1.2 Personen und Erbschaft	19
2.2 Gesetzliche Erbfolge	20
2.2.1 Erbrecht von Verwandten	21
2.2.2 Ehegattenerbrecht	24
2.2.3 Gesetzliches Erbrecht des Lebenspartners	27
2.2.4 Das gesetzliche Erbrecht des nichtehelichen Kindes	27
2.2.5 Gesetzliches Erbrecht des Staates	27
2.3 Gewillkürte Erbfolge	28
2.3.1 Testament	29
2.3.1.1 Auslegung von Testamenten	29
2.3.1.2 Errichtung des Testaments	30

2.3.1.3	Wegfall des Testaments	32
2.3.2	Erbvertrag	34
2.3.3	Nichtigkeit und Unwirksamkeit	35
2.4	Ausschluss von der Erbfolge	35
2.4.1	Enterbung.	35
2.4.2	Erbunwürdigkeit	25
2.4.3	Erbverzicht	36
2.4.4	Ausschlagung.	36
2.5	Erbeinsetzung	37
2.5.1	Erbe und Vermächtnisnehmer	37
2.5.2	Erbeinsetzung nach Bruchteilen.	37
2.5.3	Ersatzerbe	38
2.5.4	Vor- und Nacherbe	38
2.5.5	Testamentsvollstreckung	39
2.6	Vermächtnis und Auflage	39
2.6.1	Vermächtnis	39
2.6.2	Auflage.	40
2.7	Pflichtteilsrecht.	40
2.7.1	Entstehung des Pflichtteilsanspruchs	40
2.7.2	Höhe des Pflichtteils	40
2.7.3	Entziehung des Pflichtteils	41
2.7.4	Verjährung des Pflichtteilsanspruchs	42
2.7.5	Pflichtteilsergänzungsanspruch	43
2.8	Erbenhaftung	43
2.9	Die Erbengemeinschaft.	44
2.10	Erbschaftskauf	45
2.11	Schutz des Erben und Rechtsverkehrs	46
2.11.1	Erbschaftsanspruch	46
2.11.2	Erbschein	46
3.	Erbschaft- und Schenkungsteuer	49
3.1	Zusammenhang zwischen Erbschaftsteuergesetz und Bewertungsgesetz.	49
3.2	Erbschaftsteuer als Erbanfallsteuer.	51
3.2.1	Erwerb von Todes wegen nach § 3 ErbStG	51
3.2.2	Schenkung unter Lebenden nach § 7 ErbStG	51
3.2.3	Zweckzuwendungen nach § 8 ErbStG	52
3.2.4	Vermögen einer Familienstiftung(-vereins)	52
3.3	Erwerb von Todes wegen	53
3.3.1	Erwerb durch Erbanfall, durch Vermächtnis, aufgrund eines geltend gemachten Pflichtteilsanspruchs	54
3.3.1.1	Erbanfall	54
3.3.1.2	Vermächtnis	59
3.3.1.3	Geltend gemachter Pflichtteilsanspruch	60
3.3.2	Erwerb durch Schenkung auf den Todesfall	61
3.3.2.1	Grundlagen des Erwerbs durch Schenkung auf den Todesfall.	61
3.3.2.2	Schenkung auf den Todesfall bei Ausscheiden eines Gesellschafters	62
3.3.2.3	Abgrenzung der Nachfolgeregelungen bei Gesellschaften	62
3.3.3	Sonstige Erwerbe gem. § 3 Abs. 1 Nr. 3 ErbStG.	64
3.3.4	Erwerb eines Dritten aufgrund eines vom Erblasser zu seinen Gunsten geschlossenen Vertrags	64

3.3.5	Die Ergänzungstatbestände	66
3.4	Schenkung unter Lebenden	67
3.4.1	Freiebigige Zuwendung unter Lebenden	69
3.4.1.1	Gemischte Schenkung und Schenkung unter Leistungsauflage	70
3.4.1.2	Schenkung unter Nutzungs- oder Duldungsauflage	73
3.4.1.3	Nießbrauch	73
3.4.1.4	Schenkung unter Vorbehalt eines Wohnrechts	74
3.4.1.5	Schenkung unter Widerrufsvorbehalt	75
3.4.1.6	Schenkungen unter Beteiligung von Kapitalgesellschaften und anderen Gesellschaften	75
3.4.1.7	Mittelbare Grundstücksschenkungen	79
3.4.1.8	Steuerersparnisse durch Einbeziehung mehrerer Generationen	81
3.4.2	Die weiteren Schenkungstatbestände und ergänzende Hinweise	82
3.5	Persönliche Steuerpflicht	86
3.5.1	Unbeschränkte persönliche Steuerpflicht	87
3.5.2	Beschränkte persönliche Steuerpflicht	89
3.5.3	Ehemaliges Wahlrecht zur unbeschränkten Steuerpflicht nach § 2 Abs. 3 ErbStG (aufgehoben 2017)	91
3.5.4	Vermögen von Personengesellschaften	93
3.5.5	Besteuerung des Vermögensanfalls in Abhängigkeit zur Steuerpflicht	93
3.6	Güterrechtsabhängige Regelungen	94
3.6.1	Fortgesetzte Gütergemeinschaft	94
3.6.2	Sonderregelung bei Zugewinnngemeinschaft	96
3.7	Vor- und Nacherbschaft	98
3.8	Steuerentstehung und Bewertungsstichtag	100
3.9	Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs und Bewertung	101
3.9.1	Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs	101
3.9.1.1	Übernahme der Steuer durch einen anderen	102
3.9.1.2	Vereinigung von Recht und Verbindlichkeit	103
3.9.1.3	Berücksichtigung von Nachlassverbindlichkeiten	103
3.9.1.4	Beschränkungen bei den Nachlassverbindlichkeiten	107
3.9.1.5	Weitere Regelungen zu den Nachlassverbindlichkeiten	111
3.9.2	Die Bewertungsvorschriften des § 12 ErbStG	111
3.9.2.1	Allgemeine Bewertungsvorschrift nach § 12 Abs. 1 ErbStG	111
3.9.2.2	Besondere Bewertungsvorschriften nach § 12 ErbStG	112
3.10	Steuerklassen und Freibeträge	112
3.10.1	Persönlicher Freibetrag in Abhängigkeit der Steuerklasse	113
3.10.2	Besonderer Versorgungsfreibetrag	116
3.11	Steuersätze	117
3.12	Allgemeine sachliche Steuerbefreiungen nach § 13 ErbStG	120
3.13	Begünstigung des Grundvermögens	123
3.13.1	Verschonungsregelung für zu Wohnzwecken vermietete Grundstücke	124
3.13.2	Steuerbefreiung bei lebzeitiger Übertragung eines Familienheims an Ehepartner oder Lebenspartner	127
3.13.3	Steuerbefreiung von Wohneigentum bei Erwerb von Todes wegen (Ehepartner und Lebenspartner)	128
3.13.4	Steuerbefreiung von Wohneigentum bei Erwerb von Todes wegen (Kinder)	130
3.14	Begünstigung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, des Betriebsvermögenssowie von Anteilen an Kapitalgesellschaften ab 01.07.2016	132

3.14.1	Das begünstigungsfähige Vermögen	135
3.14.2	Ableitung des begünstigten Vermögens	136
3.14.3	Besonderheiten bei Altersversorgungsverpflichtungen	138
3.14.4	Verwaltungsvermögen	138
3.14.4.1	Definition des Verwaltungsvermögen	139
3.14.4.2	Nettowert des Verwaltungsvermögen	149
3.14.4.3	Umgliederung von Verwaltungsvermögen	150
3.14.5	Mindestregelungen	152
3.14.6	Die Verschonungsregelungen der Höhe nach	153
3.14.6.1	Vorwegabschlag für Familiengesellschaften	153
3.14.6.2	Die Regelverschonung	155
3.14.6.3	Der gleitende Abzugsbetrag	156
3.14.6.4	Die Optionsverschonung	158
3.14.7	Die Behaltévoraussetzungen	159
3.14.7.1	Die Lohnsummenregelung	160
3.14.7.2	Die schädliche Verfügung	163
3.14.7.3	Die Überentnahme	165
3.14.8	Die Nachversteuerung	166
3.14.8.1	Verstoß gegen die Lohnsummenregelung	166
3.14.8.2	Verstoß gegen die Behalteregelung	167
3.14.8.3	Verstoß gegen die Überentnahmeregelung	168
3.14.8.4	Kumulation von Verstößen	168
3.14.9	Verbundvermögensaufstellung	170
3.14.10	Begünstigung der Großerwerbe	170
3.14.10.1	Das Abschmelzmodell	171
3.14.10.2	Die Verschonungsbedarfsprüfung	172
3.14.11	Regelungen bei Weitergabeverpflichtung	174
3.14.12	Die Tarifbegünstigung nach § 19a ErbStG	174
3.15	Begünstigung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, des Betriebsvermögens sowie von Anteilen an Kapitalgesellschaften seit 01.01.2009 bis 30.06.2016	176
3.15.1	Die begünstigten Vermögensteile	177
3.15.2	Das Verwaltungsvermögen	177
3.15.3	Die Begünstigungsregelungen	184
3.15.4	Die Behaltévoraussetzungen	185
3.16	Begünstigung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, des Betriebsvermögens sowie von Anteilen an Kapitalgesellschaften bis 31.12.2008	186
3.16.1	Freibetragsregelung nach § 13a ErbStG a.F.	186
3.16.2	Tarifbegrenzung nach § 19a ErbStG a.F.	189
3.17	Berücksichtigung früherer Erwerbe (§ 14 ErbStG)	189
3.18	Erwerb einer Leibrente oder einer wiederkehrenden Nutzung	193
3.19	Besteuerung bei Nutzungs- und Rentenlast	194
3.20	Mehrfacher Erwerb desselben Vermögens (§ 27 ErbStG)	196
3.21	Steuerschuldner und Anrechnung von Steuerbeträgen	197
3.21.1	Steuerschuldner	198
3.21.2	Anrechnung ausländischer Steuerbeträge	199
3.22	Steuerstundungen	201
3.23	Anzeigeverpflichtungen	202
3.24	Zeitliche Anwendungsvorschriften	204
3.24.1	Anwendung der geänderten Begünstigungsregelungen zum 01.07.2016	204

3.24.2	Zeitliche Anwendungsvorschriften nach der Erbschaftsteuerreform 2008/2009 . . .	204
4.	Verhältnis der Erbschaftsteuer zu anderen Steuern	205
Teil B	Bewertung	207
1.	Überleitung aus dem Erbschaftsteuergesetz	207
2.	Allgemeine Bewertungsvorschriften	208
2.1	Geltungsbereich des Bewertungsgesetzes	208
2.2	Bewertungsgegenstand	208
2.2.1	Wirtschaftliche Einheit und Wirtschaftsgut	208
2.2.2	Zusammenfassung mehrerer Wirtschaftsgüter zu einer wirtschaftlichen Einheit . . .	208
2.2.2.1	Grundsätze der Zusammenfassung	208
2.2.2.2	Besonderheiten bei Ehegatten	209
2.2.3	Bewertung der wirtschaftlichen Einheit im Ganzen	209
2.2.4	Wertermittlung bei mehreren Beteiligten.	209
2.2.5	Gesonderte Verfahrensvorschriften	209
2.3	Besondere Vorschriften bei Bedingungen oder Befristungen.	211
2.4	Bewertungsmaßstäbe des allgemeinen Teils des BewG	213
2.4.1	Der gemeine Wert.	214
2.4.1.1	Die Grundlagen zur Ermittlung des gemeinen Werts	214
2.4.1.2	Verfahren zur Ermittlung des gemeinen Werts	215
2.4.2	Der Teilwert	218
2.4.3	Bewertung von Wertpapieren und Anteilen (§ 11 BewG).	218
2.4.4	Börsenkurs	219
2.4.4.1	Bewertung von Anteilen an Kapitalgesellschaften ohne Börsenkurs	220
2.4.4.2	Paketzuschlag	223
2.4.4.3	Bewertung von Anteilen an Investmentvermögen	224
2.4.5	Bewertung von Kapitalforderungen und Schulden (§ 12 BewG)	224
2.4.5.1	Bewertung mit dem Nennwert	224
2.4.5.2	Abweichende Bewertung bei besonderen Umständen	224
2.4.5.3	Uneinbringliche und zweifelhafte Forderungen und Schulden	225
2.4.5.4	Unverzinsliche Forderungen und Schulden	225
2.4.5.5	Hoch oder niedrig verzinsliche Forderungen und Schulden	227
2.4.5.6	Sonderfall der Einlage eines typischen stillen Gesellschafters	228
2.4.5.7	Noch nicht fällige Ansprüche aus Versicherungsverhältnissen	228
2.4.6	Wiederkehrende Nutzungen und Leistungen	229
2.4.6.1	Auf bestimmte Zeit befristete Nutzungen oder Leistungen	230
2.4.6.2	Nutzungen oder Leistungen von unbestimmter Dauer oder immerwährende Nutzungen oder Leistungen	230
2.4.6.3	Lebenslängliche Nutzungen und Leistungen	231
2.4.6.4	Mischfälle.	232
2.4.6.5	Nachweis eines niedrigeren Werts	233
2.4.6.6	Der Jahreswert der Nutzung oder Leistung	233
3.	Die Bewertung land- und forstwirtschaftlichen Vermögens	236
3.1	Feststellung von Grundbesitzwerten bei land- und forstwirtschaftlichen Vermögen nach §§ 140 ff. BewG (bis 31.12.2008)	237
3.2	Feststellung von Grundbesitzwerten bei land- und forstwirtschaftlichen Vermögen nach §§ 158 ff. BewG	238
3.2.1	Regelungen zur Feststellung von Grundbesitzwerten	238
3.2.2	Begriff des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens	239

3.2.3	Abgrenzung land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen zum Grundvermögen . . .	240
3.2.4	Allgemeine Regelungen über die Ermittlung der Grundbesitzwerte	240
3.2.5	Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens seit dem 01.01.2009 . . .	241
3.2.5.1	Der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft	241
3.2.5.2	Bewertung des Wirtschaftsteils.	242
3.2.6	Ermittlung der Wirtschaftswerte	242
3.2.6.1	Der Mindestwert	244
3.2.6.2	Der Liquidationswert	245
3.2.6.3	Wert der Betriebswohnungen und des Wohnteils	246
3.2.6.4	Der Grundbesitzwert des Betriebs der Land- und Forstwirtschaft.	247
3.2.7	Besondere Bewertungsvorschriften	248
3.2.7.1	Einbeziehung der Tierbestände.	248
3.2.7.2	Umlaufende Betriebsmittel	248
3.2.7.3	Übrige land- und forstwirtschaftliche Nutzungen	249
3.2.8	Ergänzende Hinweise der Finanzverwaltung	249
4.	Die Bewertung des Grundvermögens.	250
4.1	Die Feststellung von Grundbesitzwerten nach §§ 138 ff. BewG (bis 31.12.2008)	251
4.1.1	Feststellung von Grundbesitzwerten unbebauter Grundstücke	252
4.1.1.1	Definition des unbebauten Grundstücks	252
4.1.1.2	Bewertung unbebauter Grundstücke	253
4.1.2	Feststellung von Grundbesitzwerten bebauter Grundstücke.	254
4.1.2.1	Definition des bebauten Grundstücks und Grundsätze der Bewertung.	254
4.1.2.2	Die Regelbewertung von bebauten Grundstücken bei feststellbarer Jahresmiete (bis 31.12.2008)	255
4.1.2.3	Die Regelbewertung von bebauten Grundstücken bei ortsüblicher Miete (bis 31.12.2008)	256
4.1.2.4	Wertminderung wegen Alters des Gebäudes (bis 31.12.2008)	256
4.1.2.5	Zuschlag bei Ein- und Zweifamilienhäusern (bis 31.12.2008).	258
4.1.2.6	Mindestwert (bis 31.12.2008).	258
4.1.2.7	Öffnungsklausel (bis 31.12.2008)	259
4.1.3	Bewertung in Sonderfällen (bis 31.12.2008).	260
4.1.3.1	Bewertung von bebauten Grundstücken, für die sich eine übliche Miete nicht ermitteln lässt (bis 31.12.2008).	260
4.1.3.2	Erbbaurechte (bis 31.12.2008)	261
4.1.3.3	Gebäude auf fremden Grund und Boden (bis 31.12.2008)	264
4.1.3.4	Grundstücke im Zustand der Bebauung (bis 31.12.2008)	264
4.1.3.5	Gebäude und Gebäudeteile für den Zivilschutz (bis 31.12.2008).	265
4.2	Die Feststellung von Grundbesitzwerten nach §§ 176 ff. BewG (seit dem 01.01.2009).	265
4.2.1	Gesonderte Feststellung der Grundbesitzwerte	266
4.2.2	Allgemeine Regelungen über die Wertverhältnisse.	268
4.2.3	Abgrenzung land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen zum Grundvermögen . . .	268
4.2.4	Umfang des Grundvermögens und Bewertung.	269
4.2.5	Definition und Bewertung unbebauter Grundstücke.	270
4.2.5.1	Definition unbebauter Grundstücke	270
4.2.5.2	Bewertung unbebauter Grundstücke	271
4.2.6	Definition und Bewertung bebauter Grundstücke	274
4.2.6.1	Definition bebauter Grundstücke.	274
4.2.6.2	Die Arten bebauter Grundstücke	274
4.2.6.3	Die Bewertung bebauter Grundstücke	276

4.2.6.4	Sachwertverfahren	290
4.2.6.5	Besondere Bewertungsverfahren beim Grundvermögen	303
5.	Die Bewertung des Betriebsvermögens und von Anteilen an Kapitalgesellschaften (seit 2009)	319
5.1	Überblick über die Bewertungsvorschriften beim Betriebsvermögen und Anteilen an Kapitalgesellschaften	320
5.2	Regelungen zur Feststellung der Werte des Betriebsvermögens	322
5.3	Definition des Betriebsvermögens	324
5.4	Allgemeine Regelungen über die Wertverhältnisse und Bewertungsverfahren	325
5.5	Allgemeine Bewertung des Betriebsvermögens und von Anteilen an Kapitalgesellschaften	326
5.5.1	Ableitung aus Verkäufen	327
5.5.2	Feststellung des gemeinen Werts nach allgemeinen Bewertungsverfahren	327
5.5.3	Das vereinfachte Ertragswertverfahren	329
5.5.3.1	Ausgangsbasis: Der nachhaltig erzielbare Jahresertrag	332
5.5.3.2	Das Betriebsergebnis	333
5.5.3.3	Der Kapitalisierungsfaktor	336
5.5.3.4	Separat zu bewertende Vermögenspositionen	339
5.5.4	Der Mindestwert	342
5.5.5	Besonderheiten bei Betriebsgrundstücken	343
5.6	Aufteilung des Werts an Personengesellschaften und an Kapitalgesellschaften	344
6.	Bewertung des Betriebsvermögens bis 31.12.2008	345
6.1	Bewertungsverfahren (bis 31.12.2008)	346
6.2	Sonderfall Betriebsgrundstücke (bis 31.12.2008)	347
6.3	Bewertung des Betriebsvermögens (bis 31.12.2008)	348
6.3.1	Allgemeine Bewertung nach § 109 Abs. 1 BewG a.F.	348
6.3.2	Bewertung bei nicht bilanzierenden Unternehmern (bis 31.12.2008)	349
6.3.3	Bewertung von Betriebsgrundstücken und Anteilen an Personengesellschaften (bis 31.12.2008)	349
6.3.4	Bewertung von Wertpapieren und Anteilen an Kapitalgesellschaften (bis 31.12.2008)	349
6.3.5	Abzug von Betriebsschulden (bis 31.12.2008)	350
6.3.6	Aufteilung des Werts von Anteilen an einer Personengesellschaft (bis 31.12.2008)	351
6.3.7	Das Stuttgarter Verfahren zur Bewertung nicht notierter Anteile an Kapitalgesellschaften (bis 31.12.2008)	351
6.3.7.1	Überblick	351
6.3.7.2	Der Vermögenswert	352
6.3.7.3	Der Ertragshundertsatz	352
6.3.7.4	Der gemeine Wert in Normalfällen	353
6.3.7.5	Der gemeine Wert in Spezialfällen	354
6.4	Vergleich der Bewertungsvorschriften	354
7.	Bewertung für Zwecke der Grundsteuer ab 2025	356
7.1	Die bisherigen Regelungen	356
7.2	Die Entscheidung des BVerfG	356
7.3	Die Umsetzung durch den Gesetzgeber	357
7.4	Grundlagen der Bewertungsvorschriften zur Bewertung des Grundbesitzes für die Grundsteuer (Bundesmodell)	358

Teil C Klausurbearbeitung 360

1. Allgemeines zur Erbschaftsteuerklausur 360

2. Der richtige Einstieg in die Klausur	360
3. Die inhaltlichen Lösungen	362
3.1 Der Einführungsteil	362
3.2 Der Hauptteil	363
3.3 Der Schlussteil	365
3.4 Die Sonderfälle	366
4. Übungsklausuren	366
Stichwortverzeichnis	367
Weitere Bücher des HDS-Verlags	379